

Regierungsratsbeschluss

vom 4. Juli 2005

Nr. 2005/1450

Aufhebung der Verordnung über Organisation und Aufgaben der Kriegswirtschaft im Kanton Solothurn und Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (EG LVG)

Öffentliches Vernehmlassungsverfahren

1. Erwägungen

Das Volkswirtschaftsdepartement unterbreitet Botschaft und Vernehmlassungsentwurf über das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (EG LVG) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

- 2.1 Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements werden Botschaft und Vernehmlassungsentwurf über die Aufhebung der Verordnung über Organisation und Aufgaben der Kriegswirtschaft im Kanton Solothurn und den Erlass eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (EG LVG) in erster Lesung beraten und beschlossen.
- 2.2 Das Volkswirtschaftsdepartement wird beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 31. August 2005.
- 2.3 Die Druck- und Versandtermine sind mit der Staatskanzlei abzusprechen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Beilagen

Vernehmlassungsentwurf

Verteiler je mit Vernehmlassungsentwurf

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Wirtschaft und Arbeit (4)

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Departemente (5)

Aktuarin Umbawiko (STE)

Staatskanzlei SCH, STU, AST

Amtsblatt (STE, Publikation Vernehmlassungsverfahren)

Parlamentsdienste

Medien (JAE)